



Beratungen in Berlin.

Berlin, 3. August. Halbamtlich wird mitgeteilt: In der Reichskanzlei fand gestern eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der deutschen nationalen Volkspartei und der Unabhängigen über die politische Lage statt. In der Aussprache stimmten die Parteiführer mit der Reichsregierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordere.

Die Regierung trat in den ersten Nachmittagsstunden zu einer Besprechung der französischen Note und im Zusammenhang hiermit zu einer Besprechung der Gesamtsituation zusammen. Das Kabinett war übereinstimmend der Auffassung, daß nach wie vor ein Grund zur Änderung der Auffassung, die in der letzten Note an die französische Regierung wiedergegeben wurde, nicht bestehe und insofern eine Begleichung der französischen Forderungen nicht in Frage kommen kann.

Der Konflikt mit Bayern.

Berlin, 3. August. Das Antwortschreiben des Grafen Lerchenfeld auf den Brief des Reichspräsidenten ist in enger Kollaboration mit den Reichsregierungsstellen fertiggestellt worden. Der Brief ist am Mittwoch nach Berlin abgegangen und wird, wie bereits gemeldet, im Laufe des heutigen Tages vom bayerischen Gesandten übergeben werden. Die Antwort erwidert in entgegenkommender Weise dem Reichspräsidenten und strebt neue Verhandlungen zur Klärung der wichtigsten Frage des deutschen Verfassungslebens an. Gleichzeitige aber fordert sie eine Sicherung der bayerischen Staatsrechte über die bayerische Justiz- und Polizeiherrschaft hinaus.

Die „Mitt. Wa. Ztg.“ läßt sich aus München über den Inhalt der bayerischen Antwort folgendes berichten:

Über den Wortlaut des Briefes wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Es kann aber trotzdem schon jetzt versichert werden, daß die Antwort von demselben Willen zu baldigen freundschaftlicher Beilegung des Konfliktes bezeugt sein wird, der in dem Schreiben des Reichspräsidenten zum Ausdruck kam. Die bayerische Regierung wird betonen, sie sei nicht in der Lage, ihre Verordnungen vom 24. Juli zurückzuziehen, ehe ihr eine Gewähr dafür geboten wird, daß der Vollzug der Reichsgesetze im einzelnen so geregelt wird, daß in Zukunft die bayerischen Hoheitsrechte für Justiz und Polizei unangefastet bleiben. Der bayerische Ministerpräsident wird als eine weitere Voraussetzung für die Aufhebung der bayerischen Verordnungen die Zustimmung fordern, daß die Hoheitsrechte der Länder für alle Zukunft durch unüberwindliche Mittel, sei es durch Verträge oder Gesetze, sichergestellt werden, daß ein Eingriff in diese ohne Zustimmung des betreffenden Landes unmöglich ist. Endlich wird das Schreiben ein rückhaltloses, herzliches Bekenntnis Bayerns zur Einheit des Reiches als dem kostbarsten Gut, das uns aus besseren Zeiten verbleiben ist, enthalten. Man ist in München allgemein der festen Überzeugung, daß die bayerische Antwort alle Wege für eine glückliche und rasche Einigung offen hält, und daß der Reichspräsident auf Grund dieser Antwort demnächst Verhandlungen über einzelne Bedingungen anbahnen werde. Auch dieser Auffassung wird vorwiegend in dem Schreiben selbst noch besonders Ausdruck gegeben werden.

Über die Verhandlungen zur Erweiterung der Koalition in Bayern wird gemeldet, daß mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, daß die bayerische Volkspartei das Justizministerium belegen wird. Als Kandidat wird Staatsrat Dr. Meuser genannt. Die bayerische Mittelpartei soll das Handelsministerium übernehmen und außerdem soll sie einen Staatsrat im Justizministerium stellen.

Einstellung des Ankaufs von Devisen.

Der Ankauf von Devisen für die Reparationsleistungen ist von der Reichsregierung in Anbetracht des katastrophalen Markturges eingestellt worden. Für die Reparationsleistungen steht im Augenblick nur eine geringe Devisenmenge zur Verfügung.

Das neue polnische Kabinett.

Das neue polnische Kabinett wird am Donnerstag den ersten Ministerrat abhalten, bei dem die Regierungserklärung, die Donnerstagabend abgegeben werden soll, beraten wird. Korfanty hat sich nach Katowitz begeben und ein Manifest erlassen, worin er die Geschichte seiner verunglückten Regierungsbildung schildert und das Versagen Pilsudskis anzeigt; die Ernennung Nobals zum Ministerpräsidenten habe den Kampf um das Recht nicht beendet, die zukünftigen Wahlen würden entscheiden müssen. „Kurjer Poranny“ stellt fest, daß die Tatsache, daß Nobal das Kabinett Litwinski nahezu unverändert übernommen habe, für Litwinski eine Genugtuung darstelle, da es ein Beweis dafür sei, daß die Regierung Litwinski die Krise nicht provoziert habe. „Nasz Kurjer“ zufolge sprach Ministerpräsident Nobal kürzlich den Vertretern gegenüber die Versicherung aus, daß jeder Bürger Polens ohne Rücksicht auf Konfession und Nationalität sich im Staate solle zuhause fühlen können.

Der neue Ministerpräsident Julian Nobal stammt aus Oswieczim. Er ist Professor der Bakteriologie und Tierheilkunde an der Jagellonischen Universität in Krakau. Nach Beendigung seiner Studien an der medizinischen Fakultät in Krakau betrieb er in Wien und Paris einige Jahre das Studium der Bakteriologie. Nach seiner Mitlehrerhabilitation er sich in Krakau. Im Jahre 1914 wurde er zum Vizepräsidenten der Stadt Krakau gewählt. Während des Krieges war er Vorkämpfer der Zentrale für die Wiedererrichtung Galiziens. 1921 und 1922 wurde er zum Rektor der Universität Krakau gewählt. Nobal veröffentlichte bis jetzt 40 Werke über Bakteriologie und Tierheilkunde in polnischer, französischer und deutscher Sprache.

Poincarés Zwangsmaßnahmen.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Poincaré empfing gestern einen Mitarbeiter des „Devoir“ und erklärte ihm wegen der in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen die übrigens nach den Mitteilungen der heutigen Morgenblätter am 5. August mittags in Kraft treten sollen, folgendes:

Am 5. August werden wir die wenigsten strengen Maßnahmen in Anwendung bringen und werden sie allmählich verstärken. Wir sind sicher, daß man uns nicht verhindern kann, wirksam vorzugehen, da wir deutsche Bestellungen in Händen haben.

Das „Devoir“ fügt hinzu, daß es sich also um eine Konfiskation der Einnahmen und später des Eigentums der deutschen Privatgesellschaften in Elsaß-Lothringen und den Rheinländern handele. Der „Petit Parisien“ weiß zu melden, daß die französische Regierung im ganzen 15 Zwangsmaßnahmen in Aussicht genommen habe. Die drei ersten würden sich auf die deutschen Besitzungen in Elsaß-Lothringen beziehen.

Das „Journal“ macht auf einen Bericht des Abgeordneten Darriac über seine Reise in die Rheinlande und nach Düsseldorf aufmerksam und erklärt, daß dort bereits die Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland angeführt seien. Die Denkschrift von Darriac habe die vollkommene Zustimmung Poincarés gefunden. Es heißt darin, daß man sich hauptsächlich an die zehn oder zwölf deutschen Industriellen direkt oder indirekt halten solle, welche die wirtschaftlichen Geschäfte Deutschlands in Händen halten. Diese Industriellen seien Stinnes, Thyssen, Krupp, Ganiel, Glöckner, Manneßmann, Funke, Phönixwerke und Rheinisch-Westfälische. Hierzu könnten noch hinzugefügt werden die Badischen Anilinwerke und die Harbwerke von Bayer & Co. in Leverkusen. Darriac fordert zunächst eine Finanzorganisation in den Rheinländern. Zollschranken müßten im Osten gegenüber Deutschland errichtet werden, dagegen im Westen gegenüber Frankreich fallen gelassen werden. Der zweite Akt bestünde in dem Erfas der preussischen Beamten durch rheinländische; der dritte Akt in der Ausdehnung der Machtbefugnisse der interalliierten Oberkommissare und in der Einberufung einer rein gesetzgebenden Körperschaft. Im ganzen wünscht Darriac, daß die gesamte deutsche Industrie desorganisiert werde, daß Zollschranken zwischen dem Ruhrgebiet und den Rheinländern sowie den übrigen deutschen Ländern errichtet werden, daß das Eigentum der großen Industriellen in den besetzten Gebieten expropriert werde, daß die Einnahmequellen der Rheinlande, die autonom werden müßten, zugunsten Frankreichs ausgenutzt werden. Das „Journal“ verheißt sich nicht, daß sich unter diesen Maßnahmen solche befinden, die ausschließlich zerstörenden Charakter haben und erklärt, daß es klug wäre, wenn man sich anderen Maßnahmen zuwenden würde.

In diesem Zusammenhang sei mitgeteilt, daß seit einigen Tagen in Paris das Gerücht verbreitet wird, Louis Dubois sei mit seiner Stellung in der Reparationskommission unzufrieden und beabsichtige, zu demissionieren und daß Darriac sich bereits eifrig um diesen Posten bewerbe.

Poincarés Reparationsprogramm.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Das große Reparationsprogramm, das in letzter Zeit angekündigt wurde, und das Poincaré in London verkündet will, wird heute vom „Petit Parisien“ veröffentlicht.

Der Plan setzt sich aus zwei Teilen zusammen: Zunächst soll die deutsche Reparationssumme endgültig festgestellt werden; die Regelung dieser Frage soll mit der der interalliierten Schulden verknüpft werden. Dann aber sollen Kontrollmaßnahmen gegenüber Deutschland eingeführt werden. Gemäß dem Londoner Ultimatum soll die Gesamtsumme in Höhe von 132 Milliarden in drei Kategorien zerlegt werden. Die Schulden der Kategorien A und B belaufen sich auf 50 Milliarden Goldmark, die der Kategorie C auf 82 Milliarden. Frankreich will nun fordern, daß nur die 50 Milliarden bezahlt würden; der Rest von 82 Milliarden soll in dem Maße abgestrichen werden, in dem die interalliierten Schulden annulliert würden. Frankreich will seinen Gläubigern, England und Amerika, erklären, daß die internationale Schuldverteilung nur von ihnen selbst abhängt, indem sie selbst einen Teil ihrer Forderungen an Deutschland nachlassen.

Von der deutschen Schuldsumme von 50 Milliarden sollen dann in erster Reihe die eigentlichen Reparationen bestritten werden, d. h. also, Belgien würde zum großen Teil seine Priorität verlieren. England müßte dann auf alle Reparationszahlungen, die es hauptsächlich für seine Pensionen verwenden wollte, verzichten. Frankreich bekäme nicht nur 52 Prozent der deutschen Zahlungen, wie dies im Abkommen von Voulagne vorgesehen ist, sondern den ganzen Betrag von 50 Milliarden mit Ausnahme von etwa 10 Prozent, die man Belgien für seine Zerstörungen zuerkennen will, und von etwas mehr als 1 Prozent, das an Italien fiele. Die 50 Milliarden der Reparationszahlungen, die aufrechterhalten werden sollen, könnten durch internationale Anleihen begeben werden. Ferner könnte gleichzeitig bestimmt werden, daß die Naturalieferungen 30 Prozent der Gesamtsumme nicht überschreiten dürfen. Frankreich würde erklären, daß es im allgemeinen Interesse bereit wäre, von Deutschland nur die Reparation seiner tatsächlich angerichteten Schäden zu fordern und auf die Rückzahlung der 12 Milliarden Goldmark zu verzichten, welche es den Alliierten während des Krieges geborgt hat. Dies alles aber nur unter der Bedingung, daß England und Amerika aufhören würden, von ihm selbst das Geld zu fordern, das es während des Krieges sich geliehen hat. Natürlich verheißt sich der „Petit Parisien“ nicht, daß bei dem

gegenwärtigen Stande der deutschen Mark die Schuldsumme von 50 Milliarden nur theoretischen Charakter hätte. Wieviel man wirklich eintreiben könnte, würde davon abhängen, ob es gelänge, die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Der französischen Auffassung nach wäre dies möglich, wenn die Finanzkontrolle auf folgenden drei Stufen durchgeführt würde:

1. Währungsreform, selbst wenn die deutschen Industriellen dagegen Widerstand leisten und selbst wenn es notwendig wäre, dem Garantiefomitee ausgedehnte Machtbefugnisse zu erteilen. Es müßte alles geschehen, um Deutschland zur Stabilisierung seiner Währung zu zwingen. Wenn die Mark stabilisiert oder gehoben würde, könnte es immerhin möglich sein, dem ungeheuerlichen Zustand ein Ende zu machen, daß der Banknotenumlauf heute in Deutschland 166 Milliarden Papiermark beträgt, die aber im Ganzen nur 1½ Milliarden Goldmark wert sind, während Deutschland vor dem Kriege einen Banknotenumlauf in Höhe von 6 Milliarden hatte.

Die zweite Stufe wäre die Einführung einer Zollkontrolle. Frankreich will fordern, daß die Zollmaßnahmen direkt dem Garantiefomitee überwiesen werden und zwar entweder, um der Reparationskasse zuzufließen, oder um durch eine Garantie für auswärtige Anleihen zu schaffen. Diese Maßnahmen müßten aber mit dem Vorbehalt getroffen werden, daß man auch die deutschen ausländischen Guthaben irgendwie erreichen könnte.

Die dritte Stufe sei endlich die Übergabe eines Teiles des deutschen Aktienbesitzes an die Alliierten etwa in Höhe von 25 Prozent. Diese Maßnahme müßten die Alliierten treffen, entweder um die Anleihe zu garantieren, oder um die Mark zu stabilisieren. Die finanzielle Vormundschaft über Deutschland könnte an dem Tage ein Ende nehmen, an dem die ausländische Anleihe zustande käme. An die Stelle der alliierten Vormundschaft würde aber dann eine Kontrolle durch die Zeichner der Anleihe treten.

Der „Petit Parisien“ hebt hervor, daß diese Pläne nicht neu sind, sondern daß sie bereits auf die Besprechungen von Chequers im Dezember 1921 zurückzuführen sind. Allerdings hätte man in Chequers in Aussicht genommen, die Verminderung der deutschen Schuldsumme vorzunehmen, ohne eine Stellungnahme Amerikas abzuwarten. Da man aber in der Zwischenzeit vielfach erklärt hat, daß es unbedingt notwendig sei, zu wissen, was Amerika tun wolle, konnte der Plan von Chequers nicht durchgeführt werden. Jedenfalls sei es möglich, daß man nunmehr wisse, wie eine Liquidation des Reparationsprogramms erfolgen könne. Unbedingt sei ein Zusammenbruch Deutschlands durch wirksame Maßnahmen zu verhindern. Die Alliierten müßten ein Einvernehmen treffen, damit ohne Verzögerung ein Abkommen in der Reparationsfrage zustande komme.

Die Aufnahme der Balfour-Note in Amerika.

W. London, 2. August. Wie aus Washington gemeldet wird, sagte der Führer der Demokraten, Senator Hitchcock, bezüglich der Balfour-Note, es werde lange dauern, bevor der Kongreß sich entschließen würde, Englands Schuld an die Vereinigten Staaten zu freigeben. Wenn eine solche Maßnahme jemals angenommen werden sollte, würde dies nur der Fall sein, wenn die Vereinigten Staaten zu der Überzeugung kämen, daß die Lage nur durch eine derartige Aktion gerettet werden könnte. Staatssekretär Hughes lehnte es ab, sich über die Balfour-Note zu äußern, bevor der amtliche Text vorliegt.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Note Lord Balfours wird in den Vereinigten Staaten außerordentlich lebhaft besprochen. Im allgemeinen wird gegen sie Stellung genommen. Man hebt hervor, daß die amerikanische Regierung durch den Beschluß des Kongresses gebunden sei, durch welchen die Schuldenkonsolidierungskommission geschaffen worden ist. Der Kongreß erklärt ausdrücklich, daß jeder Dollar, den die Vereinigten Staaten während des Krieges ausliehen, zurückgezahlt werden müsse. Wenn auch die Regierung Harding geneigt wäre, Verhandlungen wegen der Annullierung der Schulden einzuleiten, so wäre es jedoch notwendig, daß sie vom Kongreß die notwendige Autorisierung erhält, die aber gegenwärtig kaum zu erlangen wäre. Man betont in den Vereinigten Staaten ferner, daß die Schuldner Englands in einer mehr oder weniger ungünstigen Finanzlage sind, und daß England nicht darauf rechnen könne, die Summen, die es verborgt, zurückzuerhalten. Wenn England selbst geneigt wäre, auf seine Forderungen zu verzichten, so wäre dies noch lange kein Anlaß für die Vereinigten Staaten, auf ihre Rechte zu verzichten.

W. London, 2. August. Eine „Exchange“-Meldung aus Washington besagt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annullierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfte. Eine solche Tat würde auf politischen Selbstmord hinauslaufen. Mac Cumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses, sagte: Großbritanniens ist im Gegensatz zu seinen Schuldnern vollständig zahlungsunfähig. Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volke gebilligt werden. Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses, erklärte, kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuss des Senats in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwiegenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Gabas meldet aus Washington, der Standpunkt der Schuldenkonsolidierungskommission gehe dahin, daß in der Frage der Annullierung der Kriegsschulden, wie sie England in der Note Balfours anregt, ausschließlich der Kongreß und nicht die Kommission kompetent sei, die ihre Arbeiten gemäß den Gelehen, durch welche sie eingesetzt wurde, fortsetzen werde.

Englische und französische Auslegung der Balfour-Note.

London, 2. August. Der diplomatische Korrespondent des „Star“ schreibt, in diplomatischen englischen Kreisen werde heute geäußert, daß die Balfour-Note weder eine verpflichtete Aufforderung an die amerikanische Regierung sei, die britischen Schulden zu annullieren, noch

eine Drohung an die Adresse der Alliierten, daß sie ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen müßten. Die englische Regierung sei bereit, die französischen Schulden zu annullieren, vorausgesetzt, daß ein gleicher Schritt bei der Reparationssumme erfolge. Balfour habe besonderen Wert darauf gelegt, den Einbruch zu vermeiden, als ob Großbritannien die Zahlung seiner Schulden an Amerika umgehen wolle. Auf der anderen Seite hätten die Alliierten bisher noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie Großbritannien gegenüber in gleicher Weise zu handeln beabsichtigten. Weiter meldet „Star“, in englischen Finanzkreisen und in der Geschäftswelt sei die Note Balfours über die alliierten Schulden sehr günstig aufgenommen worden.

Paris, 2. August. Der „Temps“ findet heute für die Balfour-Note eine Auslegung, die England vielleicht nicht vorgehen hat und die es kaum zulassen wird. Das Blatt folgert aus der Erklärung, daß England von seinen Schuldnern nicht mehr beanspruchen will, als es selber den Vereinigten Staaten zu zahlen habe, daß England damit klar die Rolle des Steuerzahlers der amerikanischen Guthaben bei allen europäischen Staaten übernehme. England habe sich das Recht vorbehalten, am 15. Oktober von Frankreich Zahlung zu erheben, und in der Balfour-Note heiße es lakonisch: „nicht nur die Zahlungen, sondern auch die Kapitalamortisationen“. Die französischen Schulden seien bis jetzt in zwei Raten von ungefähr je 30 Millionen Pfund Sterling am 1. Dezember 1922 und 1923 und in einer dritten Rate am 1. Dezember 1924 fällig, die den ganzen Rest der Schuld ausmache. Wenn nun aber England Zinsen und Kapitalzinsen an Amerika zu leisten habe, könne es nicht verlangen, das äquivalent von Frankreich allein zu erhalten, sondern es hätten sich alle Schuldnerstaaten an England, Deutschland und Rußland mit einbezogen, in diesen Rest zu teilen. Auf Frankreich würde etwa ein Anteil von 17 1/2 v. H. der englischen Zahlungen an Amerika entfallen. Von heute ab könne also nicht mehr die Rede davon sein, daß England die Zinsen der französischen Gesamtschulden erhebe. Hinzuzufügen sei aber außerdem, daß Frankreich auch noch so bescheidene Forderungen nur dann erfüllen könne, wenn es die entsprechende Gewähr von Deutschland erhalte, und es laßt der „Temps“, diese Forderungen an Deutschland nehmen von jetzt an durch den Willen der englischen Regierung einen besonders dringenden Charakter an, den ihnen der Versailler Vertrag nicht gegeben hat.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Dauer der Besprechungen zwischen Poincaré und Lloyd George, denen auch die englische Regierung offiziell mitgeteilt wurde, der italienische Außenminister Schanzer als Vertreter Italiens beizuhören wird, wird nach einer Londoner offiziellen Meldung auf zwei bis drei Tage bemessen. Die Gegensätze scheinen unüberbrückbar zu sein.

Das „Welt Journal“ macht darauf aufmerksam, daß Poincaré allen neuen Zugeständnissen an Deutschland abgeneigt sei, da er glaube, daß das Moratorium ein verabschiedungswürdiges Ausfluchtswort sei, und daß Deutschland, um zu bezahlen, eher mit Zwangsmaßnahmen als mit Zahlungsausschüben bedacht werden müsse. Lloyd George dagegen sei Anhänger eines langfristigen Moratoriums. Er sei überzeugt, daß die Zwangsmaßnahmen den einzigen Erfolg hätten, den Markkurs zu beschleunigen und Deutschland in die Lage Österreichs, vielleicht sogar in die Rußlands zu stoßen. Infolgedessen werde Lloyd George nicht nur die Anwendung von Strafmaßnahmen so viel als möglich zu beschränken suchen, sondern er werde sich auch der Strenge der Finanzkontrolle widersetzen. Im Einvernehmen mit Belgien und Italien werde er im Gegensatz zu Poincaré darauf dringen, daß das Moratorium sich sowohl auf die Zahlungen für das Ausgleichsverfahren wie auf die eigentlichen Reparationszahlungen beziehe.

Paris, 3. August. Der Sonderberichterstatter des „Ere Nouvelle“ hat in München den Amerikaner Vanderlip interviewt, der u. a. folgendes erklärte: Wenn ein neuer Krump auf der Londoner Konferenz begangen wird, ist eine Katastrophe unvermeidlich. Wenn Poincaré und Lloyd George es nicht fertig bringen, das Wirtschaftsleben Europas aufs neue in Bewegung zu setzen, werden die Folgen schrecklich sein. Deutschland befindet sich in einer Zwangslage. Wenn die Welt zu steigen beginnt, werden die Ausfuhrkosten höher, und der Export sinkt, fällt aber die deutsche Mark, dann folgt eine ungeheure Krise durch die Verringerung des Kredites und die Verteuerung der Lebensmittel. In beiden Fällen sind soziale Unruhen zu erwarten.

Paris, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Lord Curzon wird am nächsten Montag seinen Posten im Außenministerium, den Balfour so lange versehen hatte, wieder annehmen.

Unter dem Selbstherrscher.

Roman von Fedor Sommer.

34

Das besiegte den Widerstand des alten Anders. Und weil der unter den Webern ein gewisses Ansehen genoss, fanden sich mit ihm noch ein paar andere „Gründer“ bereit, für Gottfried Schneider in der „neumodischen“ Weise zu arbeiten.

Viel schwieriger wurde für Böflet aber sein Werben in Wüstewaldersdorf selbst, weil die verbissene Erbitterung der Weber auf die Kaufleute sich steigerte, je näher beieinander die beiden Stätten wohnten.

Magerweise begann Böflet seine Werbungen ganz droben bei den obersten Häusern auf der Grenze von Dorfbach.

Aber schon beim ersten, bei dem er vor sprach, bei dem jugendlichen Wienert, stieß er auf harten Widerstand.

„Das ist die beste Datt und Weije“, sagte der nachdenkliche Mensch, nachdem er einige Zeit über den Plan Gottfried Schneiders nachgedacht hatte, „ins Weber vullends zu Slawa zu macha. Do bien ich zu hals gang im Kaufmannne uf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wenn's und 's poacht 'm nich meh, gibt he mer ke Goarn ni meh, und do bien ich ufgeschmissa fer immer, und loan mer a Strid nahma.“

„Das macht Schneider ni, Bruder Emil!“ versicherte Böflet voll selbstbestimmten Vertrauens. „Wenn de und Du licherst dam gute Woare — und doas loannste, weil ha Dir gudes und richtiges Goarn besurga werd — da loannste sicher sein, doag ha Dir Deine Woare au immer oabnimma.“

„Ma — ma loan's ju amol versicha!“, sagte Wienert nach erneutem Nachdenken. „Zeh loan's ju au no andre Kaufleute fer Goarn und ser Leimt. Da loann ma ju, wenn's mit dam junga Schneider nec lacha selbe, wieder ei der ala Weije hantieren. Qu's der Teifel: ich mach die neue Mode amol miete. 's macht mer Spoaß, manchmol was Neues miete zu macha.“

Aus ähnlichen Gründen ließen sich noch andere Weber bewegen, in der neuen Art für Gottfried Schneider zu arbeiten. Und da Böflet nur geschickte und sorgsame Weber ausgesucht hatte, kam die Sache auch schneller in Gang, als Gottfried es selbst gedacht hatte, und es machte ein ungeheures Aufsehen im ganzen Dorf. Bei den Kaufleuten aber rief sie einen wahren Aufruhr hervor.

Das Fiasko des italienischen Generalstreiks.

D. Rom, 3. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Lage am zweiten Tage der entscheidenden Machtprobe zwischen den Sozialisten und Nationalisten läßt einen überwältigenden Sieg der letzteren erwarten. Die roten Hochburgen Nord-Italiens haben völlig versagt. Die meisten Städte schlagen bereits, auch in Rom wehen überall nationalistiche Fahnen. Der von Anfang an unpopuläre, verbrecherische Streik stößt auf wachsende Erbitterung in allen Volksschichten. Die Arbeiter weigern sich vielfach offen, dem Streikbefehl Folge zu leisten. Selbst sozialistische Führer geben zu, daß der Streik einem Selbstmord der Partei gleichkomme. Jedenfalls wird sich der italienische Sozialismus sehr schwer von dieser Niederlage erholen. Das tatsächliche Ultimatum fordert den Abbruch des Streiks, andernfalls um Mitternacht Repressalien beginnen.

Paris, 3. August. Aus Rom wird gemeldet, es sei sehr fraglich, ob angesichts des Mißfolges des Generalstreiks der Sozialisten-Kongress, der in den nächsten Tagen in Rom abgehalten werden soll, stattfinden könne. Die Faschisten hätten erklärt, daß sie auf keinen Fall zulassen werden, daß dieser Kongress in Rom abgehalten werde. Nach dem „Journal de l'Italia“ soll gestern Abend aus den Würgermeister von Rom ein Revolveranschlag abgegeben worden sein, als er in seinem Automobil die Stadt durchquerte. Die Fenster des Wagens wurden zertrümmert. Der Würgermeister blieb unverletzt.

Eine Erklärung des neuen italienischen Ministerpräsidenten.

W. Rom, 2. August. De Facta hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, die Leitung der Regierung sei ihm von neuem in einem Augenblick anvertraut worden, da Einigung aller in dem besten Vorsatz, nur dem Lande treu zu dienen, mehr als je erforderlich sei. Inzwischen gegen den inneren Frieden, von welcher Partei sie auch ausgehen, stellen einen Angriff auf das Wohl der Nation dar. Der Staat müsse Vertrauen haben zu der Zusammenarbeit aller Kräfte und zu der Verantwortlichkeit derjenigen, die ihn mit festem Willen regierten, Gerechtigkeit gegen alle auszuüben.

Paris, 3. August. Nach einer Meldung aus Rom wird sich das neue Ministerium de Facta am 10. August dem Parlament vorstellen.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik.

N. New York, 2. August. Die Eisenbahnpräsidenten der amerikanischen Bahnen, die in New York zur Besprechung der Streiklage zusammengekommen waren, haben den Vorschlag des Präsidenten Harding über die Wiedereinstellung der Ausständigen abgelehnt, aber sich gleichzeitig bereit erklärt, die Entscheidung des Arbeitsamtes über die Löhne anzuerkennen und keine gerichtlichen Schritte anlässlich des Streiks zu unternehmen. Sie erklärten, sie beabsichtigten, den Eisenbahnverkehr mit den zur Verfügung stehenden Kräften weiter in Gang zu halten. Am Mittwoch sind die Eisenbahnpräsidenten wieder von New York abgereist.

Verchiedene Mitteilungen.

* Die Hungersnot in Rußland. Nachrichten aus englisch-amerikanischer Quelle, daß bereits mit einem Ende der Hungersnot in Rußland zu rechnen sei, widersprechen in dieser Verallgemeinerung den tatsächlichen Verhältnissen. Wohl ist die Lage in manchem Bezirk erheblich gebessert, aber nur dem kleinsten Teil des Hungergebietes wird ein vollständiger Verzicht auf fremde Hilfe möglich sein. Für die deutschen Kolonisten an der Wolga und am Schwarzen Meer tut Hilfe so dringend not wie je. Die Reichsversammlung „Brüder in Not“, Berlin W 56, Oberwallstraße 1a, hat es sich unter behördlicher Förderung zur Aufgabe gemacht, die zur Hilfe für die Rußlanddeutschen und für deutsche Auslandsflüchtlinge notwendigen Mittel auszubringen. In allen Ländern und Provinzen ist die Arbeit aufgenommen worden. Der Schlesische Arbeitsausschuß der Reichsversammlung „Brüder in Not“, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Platz 20, erbittet Spenden auf Bankkonto Dresdner Bank, Depositenkassette A, Breslau I und Postcheckkonto Nr. 28 001.

* Das Deutsche Rote Kreuz teilt mit: In der Öffentlichkeit sind vielfach Gerüchte verbreitet, die geeignet sind, das von allen Kreisen der Bevölkerung großzügig unterstützte Hilfswerk zur Veränderung der Hungersnot in der Ukraine zu schädigen. Diese Gerüchte behaupten u. a., daß die Spenden von der ukrainischen Regierung requiriert würden. Sowohl der Vertreter des Roten Kreuzes, als der der American Relief Association haben die Erklärung abgegeben, daß ihnen kein einziger Fall bekanntgegeben worden ist, in welchem eine von ihnen expedierte Sendung requiriert worden sei. Durch die Erklärungen dieser beiden maßgebenden Stellen dürfte wohl den falschen Gerüchten der Boden entzogen sein.

sk. Aufstand der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof. Die für den 10. August anberaumte erste Verhandlung vor dem

Staatsgerichtshof findet an diesem Tage nicht statt. Wann und gegen wen zuerst Termin angesetzt werden wird, ist noch unbestimmt. Als Grund der Verhinderung wird der „Sächsischen Staatsanwaltschaft“ an aufständischer Stelle mitgeteilt, daß erst vor dem auf Grund des Gesetzes neu zu errichtenden Staatsgerichtshof Verhandlungen stattfinden sollen, der neu zusammengesetzt wird. (Bekanntlich ist eine Anzahl Mitglieder dieses Staatsgerichtshofes, Justizien und Parlamentarier, auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten ernannt worden. Es dürfte sich also noch um die Ernennung einiger Laienrichter handeln.)

— Empfang des neuen russischen Botschafters. Der Reichspräsident empfing Mittags den bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der russischen Regierung Krestinzki zur Entgegennahme seines Verabschiedungsschreibens. Bei dem Empfang war Reichskanzler Dr. Wirth als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen.

* Der Reichs-Landarbeiterbund, der dem Nationalverband Deutscher Berufsverbände angegeschlossen ist, hat im vergangenen Jahre einen außerordentlich starken Mitgliederzuwachs erfahren, wodurch der Landarbeiter-Klassenkampfvereinschaften naturgemäß an Bedeutung und Mitgliederzahl verloren haben. Der freigemeinnützige „Deutsche Landarbeiterverband“ muß nunmehr eingestehen, daß er im vergangenen Jahre 54 000 Mitglieder eingebüßt hat. Es ist dies die Zahl, um die der nationale Reichs-Landarbeiterbund 1921 angewachsen ist.

— Der Abtritt des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten zum freigewerkschaftlichen allgemeinen deutschen Beamtenbund sollte, wie gemeldet wurde, unmittelbar bevorstehen. Demgegenüber stellt der Zeitungsdienst des deutschen Beamtenbundes fest, daß der Reichsverband beschlossen hat, aus der Reichs-postgewerkschaft und dem deutschen Beamtenbund auszutreten. Dieser Beschluß bezweckt, die Geschlossenheit des Reichsverbandes dadurch zu erhalten, daß er sich außerhalb aller Spitzenorganisationen stellt. Von einem Anschluß an den allgemeinen deutschen Beamtenbund kann daher keine Rede sein.

— Minna Gauer f. Heute Nacht ist in Berlin die als Führerin der Frauenbewegung bekannte Politikerin Minna Gauer gestorben.

D. Sturmchäden in der Provinz Sachsen. Aus Halle wird gemeldet: Das Unwetter von Montag nachmittags, welches von einem orkanartigen Sturm begleitet war, hat in den Kreisen Naumburg und Weißenfels furchtbare Verwüstungen angerichtet. In der Brüttiger und Teuchener Gegend ist vollständig vernichtet. Unzählige Bäume wurden entwurzelt. Die Getreidefelder sind durch schweres Hagelwetter so verwüstet, als ob das Getreide an Ort und Stelle ausgebrochen sei. Die Karloffeln und Mägen sind entblättert und vollständig zerfressen. Die Garkernernte bei Naumburg ist vernichtet. Vieles sind die elektrischen Lichtleitungen und Telephonleitungen zerstört.

— Streik der kaufmännischen Angestellten in Frankfurt a. M. Die kaufmännischen Angestellten von Frankfurt sind wegen Gehaltsforderungen heute Donnerstag früh in den Streik getreten. Bei der Abstimmung in den Betrieben erklärten sich 90 Prozent der Angestellten für den Ausstand.

§§ Der Bauarbeiterstreik in Danzig ist heute beendet, da gegen geht der Streik in der Danziger Werft noch fort.

Dienstag, 2. August. Wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet, hat ein Vertreter des Reichs-deutschen Verbandes Nationalogener Solobalen gestern dem Reserveleutnant Feljas die Verbandsmedaille am schwarz-weiß-roten Bande mit Schwertern überreicht; die gleiche Auszeichnung erhielten der Vater und die Brüder von Feljas. (Feljas ist der bekannte madjarische antirevolutionäre Detachementsführer, gegen den zurzeit ein Strafverfahren wegen seiner Aktion gegen das Burgenland schwebt. — D. Reb.)

— Drohender Generalstreik der französischen Seefleute. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Landesausführer der Matrosen der Handelsmarine beschlossen, in den Generalstreik zu treten, falls der auf Revision des Arbeitsgesetzes abzielende Verordnungsentwurf des Unterstaatssekretärs in Kraft gesetzt werde.

— Votomleys Ausschluß aus dem englischen Unterhaus. Das Unterhaus beschloß auf einen Antrag Chamberlains, den berüchtigten Deutschstrescher Votomley, der vom Gericht wegen Unterschlagung zu sieben Jahren Anstalt verurteilt worden ist, die Mitgliedschaft zum Unterhaus abzuerkennen.

— Der Sekretär Devaleras ist der bei seiner Gefangennahme erlittenen Verwundung erlegen.

— Cholera. In einem Bericht des serbischen Ministers für Gesundheitswesen wird angegeben, daß in Südslawien Fälle von Cholera vorgekommen seien, die durch Matrosen von Rußland her eingeschleppt worden sind. In Odessa seien gegenwärtig 1000 Personen an Cholera erkrankt. In Saloniki seien 20 Fälle von Cholera festgestellt worden. Auch in den Bocche di Cattaro seien 82 Personen an Cholera erkrankt; diese hätten die Krankheit aus Marseille eingeschleppt.

w. Paris, 2. August. New York Herald meldet: Der Senat in Washington hat gestern mit 36 gegen 7 Stimmen den von der Finanzkommission vorgeschlagenen Posttarif für Wolle angenommen

Bedeutete sie doch einen Bruch mit einer jahrhundertalten Geschäftstradition.

„Besonders die neue Art der Garn-Ausgeberei!“ Damit lockt er die besten Arbeiter von uns weg!“, ereiferte sich der alte Seyler und war dabei in seinem Innern doch recht zwiepsältig. Denn der alte Praktiker war viel zu klug und scharfsichtig, um nicht zu erkennen, daß dieses neue Verfahren vielen Übeln, über die man in der Fabrikation schon mehr als hundert Jahre klagte, den Boden entzog. Und wenn ein anderer, als gerade dieser Gottfried Schneider, die Neuerung eingeführt hätte, würde sich ihr Robert Seyler vielleicht sogar gleich freudig angeschlossen haben. Hier aber trieb ihn der Haß zur Gegnerschaft.

Und gern schlossen sich ihm die andern aus Gewohnheit an.

Schon erwoh man in heimlichen Besprechungen, den gefährlichen Neuerer aus der Wilde auszuschließen.

„Na, blamiert Euch nicht etwa, Ihr Leute!“, warnte da Wildner. „Wer weiß, wenn ich nicht die Wieje von meiner Damastgeschichte noch voll hätte, da machte ich am Ende das Theater och mit. Aber nu will ich's doch erst amal abwarten, was er für Seide spinnen wird. Creas und Bretagne? Nec, wist 'r, dazu sein mir wohl doch keine Gegend nich dahier. Dazu liegen mer zu sehr aus der Welt. Ich weiß ja von der Damastholze her! Da kriegt die Mutter nich zur rechten Zeit ran. Und wenn ma die Muster hat, stell'n sich die Weber tumb an, und unterdessen is schon wieder was ganz anders Mode und gangbar im Handel draußen. Nec, der junge Schneider wird seine paar Groschen bald los sein und seinen Kredit dazu. Wissen möcht' ich bloßig, welcher Geldgeber dahinter steckt! Du bist's doch nich etwa gar, Robert?“ neckte er Seyler in seiner bekannten Weise. Und als dieser entrüstet ablehnte, setzte er spöttisch-schmügelnd hinzu: „Ma laun's ja nich wissen, ob nich Schneider doch noch Dein Schwiegersohn wird. Aberhaupt, wenn er uns nu etwa gar alle mit seiner neuen Schöje an die Wand drückt.“

Nur Wildner konnte es wagen, den Alten in solcher Weise anzuspökeln. Seiner Art, diesem halb gutmütigen, halb verschämigten Gemisch von guter Meinung und rasklofigkeit, war schwer zu begegnen, am allerwenigsten mit rasklofigkeit, vor der den „Spaßeszenmacher“ Wildner doch sein Achtung und sein altererbttes Ansehen schützten.

So begnügte sich denn Seyler auch mit einem unwilligen

Smurren als Zurückweisung des „Schwiegersohnes“. Aber der scherzhaft abgedrückte Pfeil sah doch bei ihm.

Er hatte ja bisher noch nicht ergründen können, wie eigentlich Sabine jetzt, nach der langen Trennung, zu Gottfried stände. Daß sie auch in Berlin brieflich mit ihm in Verbindung gestanden hatte, wußte er durch die verstarbene Schwester, die das doch nicht ganz hatte verhindern können, da sie nicht zu Mitteln greifen mochte, deren sie sich bei dem Mädchen hätte schämen müssen.

Nun hatte Robert Seyler scharf auf der Lauer gelegen, ob sich die Leiden etwa wieder heimlich trafen, wie damals. Aber er meinte, es habe sich bis jetzt wohl keine Gelegenheit dazu gehalten.

Und darin täuschte er sich auch nicht.

Gottfried Schneider hatte in diesen letzten Wochen ganz ausschließlich seinen Geschäftsjahren gelebt; dazu kam, daß er zunächst auch gar nichts von Sabinens Mißliche gewußt hatte, die in die Zeit seiner Breslauer Reise fiel.

Erst als er eines Tages Sabine zufällig durchs Kontorfenster die Straße hinaufsehen sah, erfuhr er, daß sie wieder da sei.

Ihr Anblick ließ ihm allerdings das Herz bis zum Hals hinauf schlagen.

Wie stilllich sie in der Zwischenzeit geworden war!

Wie stolz sie ihre goldig-lupferrote Haartrone und den ganzen charaktervollen Kopf auf dem schlanken Hals trug!

Wie köstlich ihre Schultern und Hüften sich rundeten!

Und wie appart — fremdartig sie sich kleidete!

„Wenigstens eine Ergrünungskraft der Berliner Verbannung!“ dachte Gottfried, dem seine letzten Reisen einen Blick für solche Frauenwachten amergangen hatte. „Wönnte ich sie doch bald mal sprechen und bald mal liebkosend in die Arme nehmen!“ begehrte es heiß in ihm auf.

Aber wie sehr er sich auch den Kopf zerbrübelte: die Enge der bürgerlichen Welt, in der sie hier lebten, ließ die Erfüllung dieses heißen Wunsches fast unmöglich erscheinen. Und dann drängte sich auch bald das Geschäft mit seinen gebietrischen Forderungen so stark vor, daß der Wunsch eben Wunsch blieb.

Nun war's nicht mehr lange vor Weihnachten, und die erste Haß der Neueinrichtung legte sich. Gottfried Schneider mußte jetzt warten auf den Eingang des bestellten Carnes und auf die Ausfertigung der neuen Webstuhlblätter und -räume, ehe er davon gehen konnte, die Weber anzuwerben.

(Fortsetzung folgt.)

Schlesien.

Ein Produktmarkt in Ost-Oberschlesien.

© Kattowitz, 2. August. Die Landwirtschaft Ost-Oberschlesiens hat seit dem Übergange des Landes teiles in polnische Verwaltung das Fehlen einer Marktform für die Veräußerung in landwirtschaftlichen Produkten mannigfaltig empfunden. Da weder die in Deutschland noch die in Warschau notierten Preise ohne weiteres auf Ost-Oberschlesien übertragen werden können. Infolgedessen sind auf eine Anregung aus den Kreisen der deutschen Landwirtschaft Ost-Oberschlesiens Landwirtschaft und Handel überzogen worden, einen Produktmarkt einzurichten. Der Produktmarkt soll von nächster Woche an jeden Mittwoch von 11 bis 1 Uhr im Saale des Hotels zur Erholung in der Johannisstraße stattfinden. Es ist in Aussicht genommen, den Produktmarkt zu einer Produktbörse auszubauen.

Einkommensteuer in Ost-Oberschlesien.

* Kattowitz, 2. August. Der Wojewodschaftsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, für das laufende Jahr eine vorläufige Einkommensteuer zu erheben, die das Sechsfache der Steuer des Jahres 1919 betragen soll.

Reisen durch den Korridor.

* Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Beim Lösen der ermäßigten Sonderzugfahrkarten zu den in der Nacht vom 5. zum 6. August verkehrenden Sommerferienzügen nach Ostpreußen wird vom reisenden Publikum vielfach die Ansicht vertreten, daß für die Rückreise durch den polnischen Korridor von Dirschau nach Königsberg ein Paß oder Polizeiausweis notwendig sei. Diese Ansicht ist unzutreffend. Wenn zur Rückfahrt einer der sogenannten privilegierten Züge benutzt wird, ist weder ein Paß noch ein Reiseausweis nötig. Als privilegierte Züge kommen zurzeit in Frage: Zug D 2 (Königsberg ab 8.58, Cistria an 6.46 nachts, Zug D 4 (Königsberg ab 7.28 nachts, Cistria an 5.09 nachts), Verjüngung 304 (Königsberg ab 9.50 nachts, Cistria an 9.43). Das Handgepäck, das in diesen Zügen mitgeführt wird, unterliegt keiner Zollbehandlung durch die polnischen Behörden.

Tagung der schlesischen Fleischermeister.

* Oppeln, 31. Juli. Die schlesischen Fleischermeister hielten am Sonntag im Oppelner Geschäftsgebäude eine Versammlung ab. Als Vertreter der Regierung wohnte Veterinärarzt Dr. Osterreich den Verhandlungen bei. Für die Oppelner Handwerkskammer war Syndikus Grieger erschienen. Vor der Eröffnung des Obermeisteres erbot Obermeister Wyrach der Tagung den Willkommensgruß der Oppelner Fleischerinnung. Die Eröffnung erfolgte durch den Ehrenobermeister der Breslauer Fleischerinnung August Becker, der betonte, daß der Obermeisterstag diesmal in Ostschlesien abgehalten würde, weil man mit den westschlesischen Kollegen nach Jahren der Trennung wieder in möglichst enge Fühlung kommen wolle. In mehreren Vorträgen wurde über die wirtschaftliche Lage der Fleischerhandwerker gesprochen. Bericht erstatteten Syndikus Michael - Breslau, Obermeister Jädel - Breslau und Obermeister Kiefer - Breslau. Nach sehr angeregter Aussprache wurde folgende Entschlußfassung angenommen:

„Die Obermeisterinnung des Bezirksvereins Schlesien im Deutschen Fleischerverband erklärt, daß die Lage des Fleischerhandwerkes eine so schwere ist, daß das Fleischerhandwerk nahe vor dem Zusammenbruch steht. Schuld daran tragen die überaus hohen Löhne, die auf dem Fleischerhandwerk ruhen, als da sind Transportkosten, hohe Schlachthof- und Wschaugebühren, eine besonders hohe Steuerlast in Verbindung mit dem dauernden Anstiegen der Viehpreise. Das Fleischerhandwerk lehnt jeden Vorwurf der Schuld an der Fleischwertminderung ab, dieselbe ist, wie vorher gesagt, auf andere Verhältnisse zurückzuführen. Schuld trägt aber auch das mangelhafte Werkstätten der Fleischhandlung hinsichtlich des Fleischschneidens und des Wirtschaftens, sowie der Schlachthofverkauf nach Lebensgewicht, der den Tierhalter direkt zu unsonstigen Handlungen anreizt. Das Fleischerhandwerk fordert, daß ihm zur Erhaltung seines Geschäftsbetriebes unbedingt einzeln und allein der Verkauf sämtlicher ausländischer Fleischwaren übertragen wird.“

In einem weiteren Vortrage behandelte Obermeister Kiefer die Frage der Kommunalisierung, die dem Handwerk jetzt von neuem durch die demnächst im Landtage zu beschließende Städtordnung droht.

Buchdruckerstreik in West-Oberschlesien.

Dem Buchdruckerpersonal Ostschlesiens waren während der Zeit der Befragung in Anbetracht der durch die fremden Truppen mit ihren unnatürlich hohen Einkommensraten entstehenden Löhnerückstände Beschlüsse gefaßt worden, bis zu 75 Mark wöchentlich bewilligt worden in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie wegfallen, wenn die Besatzungstruppen abziehen. Als Anfang Juli West-Oberschlesien frei wurde, hielt sich die Arbeitgeberseite des Buchdruckerhandwerkes dort für berechtigt, die Besatzungslöhne abzubauen, umso mehr, da die Regierung hierin vorangegangen war. Anstatt nun die tariflichen Forderungen zur Entscheidung anzurufen, trat die Arbeitgeberseite einigermassen am 21. Juli in den Streik. Obwohl kurz vorher durch zentrale Verhandlungen der Gewerkschaft des Buchdruckerhandwerkes eine wöchentliche Lohnerhöhung von 285 Mark zugesprochen war, schob die Arbeitgeberseite die Absicht eines Lohnabbaus unter, während diese lediglich an der im Sinne der gesamten Bevölkerung West-Oberschlesiens liegenden Zurückführung der durch die Besatzungstruppen unnormal gewordenen Wirtschaftsverhältnisse auf den Stand des übrigen Schlesiens und Deutschlands mit der Maßgabe hinarbeiten wollte, daß wie es tariflich vorgesehen ist, einmalige besondere Löhnerückstände in Ostschlesien durch den Tarifausgleich der Deutschen Buchdrucker, der bereits am 16. August wieder auftritt, zu berücksichtigen seien. Der Ansicht der Arbeitgeberseite, daß die Lohnabbaulage nur Abhilfe für die Zeit der Befragung, stimmte auf dem am 25. Juli im Gleichgewicht tagenden Tarifkomitee die Gewerkschaft dadurch zu, daß sie selbst Vorschläge zu ihrem allmählichen Abbau machte. Das Entgegenkommen der Arbeitgeber, die Besatzungslöhne nach Abzug der Lohnabbaulage zu zahlen, lehnte die Gewerkschaft ab und veranlaßte dadurch die Ergebnislosigkeit der Tarifkomitee-Verhandlungen. Bei Annahme dieses Vorschlages würde die Gewerkschaft Ost-Oberschlesiens noch bei weitem günstiger im Lohn stehen, als die im übrigen Deutschland, weil bei ihr ein Steuerabzug nicht erfolgt. Auch nach den Verhandlungen auf dem Tarifkomitee hat die Gewerkschaft noch nicht alle tariflichen Forderungen erfüllt, wozu sie nach dem Tarif verpflichtet ist. Es entfällt ihr damit das Recht zur Rechtfertigung des Streiks in den drei westlichen Buchdruckerzweigen.

Ein Hofstapler als Liebesgabenjämmler.

h. Ein umfangreicher Hofstapler-Prozess beschäftigte am Mittwoch in unständiger Sitzung die vierte Breslauer Ferien-Strafkammer. Angeklagt war der wegen Vertrages vorbestrafte beruflose Bruno Klein, der zuletzt in Chemnitz wohnhaft gewesen war. Der Angeklagte kam im Dezember 1919 nach Breslau und mietete sich in einem vornehmen Hotel ein, wo er sich als „Graf Strachwitz, Oberleutnant im Garde-Grenadier-Regiment“ einschrieb, und äußerst verschwenderisch lebte; er trat als Leiter einer in Wirklichkeit nicht bestehenden „Liebesgabenstelle Schlesiens Heimatschutz“ auf und organisierte dieses betrügerische Unternehmen. Er stellte Geschäftsführer, Buchhalterinnen und Chauffeure an, mietete ein Bureau, kaufte ein Auto und eine Bureau-

Einrichtung; er fuhr in Uniform in der Stadt umher, und verstand es, durch sein gewandtes Auftreten jedermann für sich einzunehmen. Die Sammelkästen für sein Unternehmen war sehr umfangreich. An den Anschlagszettel veröffentlichte er einen Aufruf, in dem er zur Spende von Liebesgaben aufforderte. Auch im Hotel legte er Sammelkästen aus, auf die von den Gästen erhebliche Beiträge gerichtet wurden. Schließlich konnte er auch an eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten 600 Stück des Aufrufes. Der Angeklagte gab nur zu, die im Hotel gesammelten Gelder für sich zum Lebensunterhalt zu verwenden zu haben. Er will nicht wissen, von wem die größeren Summen an ihn gezahlt worden sind und wo sie hingekommen sind. Die Anklage nimmt an, daß er sie bei seinem verschwenderischen Leben für sich verbrannt hat. Seine Angaben, daß er die Mittel aus einer Geheimorganisation erhalten habe, klingen unglaubhaft und er ist auch nicht in der Lage, sie zu beweisen. Am 25. Januar erschien der Angeklagte in der Universitätsbibliothek, stellte sich dem Direktor, in dessen Händen die Leitung der Vereinigung schlesischer Bibliotheken zur Verfügung der schlesischen Truppen lag, als Graf Strachwitz und Leiter der Liebesgabenstelle vor und es wurden ihm auf Grund der gegebenen Verhandlungen 1020 Bände zur Verfügung gestellt, die der Angeklagte dann offenbar für sich verkauft hat. Er hat später versucht, weitere 11000 Bände zu erwandeln, was ihm aber nicht gelungen ist.

Zu der Verhandlung war ein großer Zeugenapparat aufgebildet worden. U. a. waren als Zeugen erschienen Oberbürgermeister Dr. Wagner und Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Koch. Bei beiden ist der Angeklagte in der Uniform eines Gardeoffiziers erschienen und hat sich ihnen als Graf Strachwitz vorgestellt. Er hat beide um ihre Namen unter seinem Aufruf ersucht. Die Höhe der eingegangenen Gelder ließ sich nicht feststellen, da der Angeklagte hierüber feinerlei Aufzeichnungen gemacht hat. Klein, der zuletzt in Chemnitz wegen Betruges zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, sitzt bereits seit 14 Monaten in Untersuchungshaft. Das Gericht hielt ihn nur in einem Falle des Betruges und der schweren Urkundenfälschung und in einem Falle des einfachen Betruges für überführt und verurteilte ihn zu einem Jahre und 6 Monaten Gefängnis. Die Strafe wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt erklärt.

Er mordung eines Pofener Stadtrats.

R. Posen, 1. August. Montag mittag erlitten im Stadthaus beim Stadtrat Kasimierzak der bisherige Beamte des städtischen Statistischen Amtes Strachwitz, um ihn wegen seiner zum Monatslohn ausgerechneten Dienstentlassung, die wegen Unfähigkeit erfolgt war, zur Rede zu stellen. Nach kurzem Wortwechsel schoß er den Stadtrat durch zwei Revolverkugeln nieder und flüchtete. Er wurde kurz darauf ergriffen, wobei die Bevölkerung an ihm fröhliche Lynchjustiz übte. Der schwerverletzte Stadtrat starb bald darauf im Stadtkrankenhaus nach einer an ihm vorgenommenen Operation. Er war 48 Jahre alt, in kinderloser Ehe verheiratet und hatte sich zum ehemaligen Gemeindevorsteher des Vorortes Jersitz zum besetzten Stadtrat emporgearbeitet. Der Mörder ist ebenfalls 48 Jahre alt und unverheiratet.

Drohender Landarbeitersausstand in Posen.

R. Posen, 1. August. In der ehemaligen Provinz Posen droht ein allgemeiner Landarbeitersausstand auszubrechen, nachdem im Weissen des Landwirtschaftsministeriums geführte Verhandlungen die Annahme eines Urteils des Schiedsgerichts durch die Arbeitnehmer ergeben haben, nach denen sie eine 50prozentige Lohnerhöhung zahlen wollen. Die sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmer fordern jedoch eine Lohnzulage von 400-600 Proz., die die Arbeitgeber unter keinen Umständen bezahlen werden.

[Eine deutsche Feier im Sultschiner Ländchen.] In Deutsch-Krawan (Sultschiner Ländchen) wurde in überaus würdiger Weise die Jahresgedächtnisfeier der Einweihung des Kriegerdenkmals begangen. Dabei kam es zu einer erhabenen Kundgebung für das Deutschland. Bei dem Nachmittagskonzert erklangen deutsche Weisen und Hymnen auf das deutsche Vaterland. Es wurde wieder einmal Zeugnis davon abgelegt, mit welcher Treue die Brüder im abgetretenen Sultschiner Ländchen an dem angestammten Mutterlande hängen.

— Benzitz, 2. August. Bei dem Wagnersbesitzer Höer brach auf seltsame Weise ein Feuer aus. Beim Einfahren von Getreide stieß ein ziemlich hoch beladener Wagen an die Drähte der elektrischen Leitung, die zerrissen wurden. Durch den dadurch entstandenen Kurzschluß wurde der Wagen, der gerade in die Scheune fuhr, in Brand gesetzt. Im Nu stand auch die Scheune in Flammen. Der Kutscher fand nur noch Zeit, schnell abzuspringen und die Pferde abzuführen. Die große, mit 11 Rindern frisch eingefahrenen Scheune gefüllte Scheune, in der sich außerdem noch viel Vorrat an Mehl und Wafeln befanden, wurde ein Opfer des Feuers, das auch auf den großen Stall und das Bedingehaus übergriff. Ersterer brannte völlig nieder, mit ihm ein großer Vorrat an Holz und Kohlen, während das Bedingehaus gerettet werden konnte. Das Vieh konnte noch rechtzeitig aus den Stallungen getrieben werden. Drei Feuerwehrleute zogen sich Verletzungen beim Löscharbeit zu. Der Schaden ist groß, da der Besitzer nur mäßig versichert ist.

— Girschtow, 3. August. Bei einem Gewitter, das in der Nacht zum Dienstag über die hiesige Gegend hinwegzog, wurde durch Blitzschlag um 12 1/2 Uhr das Wagenknechtische Gasthaus zu Seifershan in Brand gesetzt. Die Besetzung bestand aus einem Wohnhaus, Stall und Scheune unter einem Dach, sowie aus einem etwas abseits stehenden kleineren Schuppen. Das Wohnhaus und die Scheune brannten sofort über und über, so daß mit Mühe nur das Vieh gerettet werden konnte. Das Inventar ist fast vollständig verbrannt, die wenigen geretteten Gegenstände sind stark beschädigt. Dagegen gelang es, den Schuppen und die stark gefährdeten Nachbargebäude zu erhalten. Der Besitzer, der außer Landwirtschaft noch Landwirtschaft betreibt, erleidet einen großen Verlust. Er ist mit den Gebäuden nur mit 5000 Mark und mit dem Inventar noch geringer versichert, während der Schaden nach den heutigen Geldverhältnissen wohl eine halbe Million beträgt.

* Breslau, 3. August. Eine Spende aus Mexiko für notleidende Mitglieder der Salvatorergemeinde, vorzugsweise des Mittelstandes, hat Pastor Dr. Fuß durch Vermittlung einer jetzt in Mexiko lebenden, aus Breslau stammenden Dame von dem dortigen Verein der deutschen Frauen erhalten. Die Summe beträgt 12000 Mark und soll nach dem Willen des Empfängers verteilt werden.

— Vom Vorstande des Verbandes der evngl. Kirchengemeinden Breslaus ist an die Stelle des am 1. Oktober in den Ruhestand tretenden Verbandsvorstandes Hugo der seit 12 Jahren bei Salvator angestellte Predigtassistentenamt Lehmann gewählt worden.

8 Uhr: Gemeindefest, Pastor Gähler.

[Schauvorfahrt (Operettenbühne).] Heute abend nicht „Die schöne Helena“, wie verheißentlich gedruckt war, sondern „Die schöne Maria“.

[Vollständige Nachrichten.] Schwerstraße 7 wurde vorige Woche ein verstorbenen Keller erbrochen und daraus 1 Maß mit Schmalz und aus einem anderen etwa 40 Pfund Schmalz geflossen. — Am 29. Juli mittags sind aus einem Geschäftsbüro in der Schwerstraße 8/85 zwei Missetäter (48 und 24 Jahre), eine Seite Missetäter, 5 Pfund Weizen, 20 Pfund Margarine, 6 Pfund Weizenmehl und 10 Pfund Schmalz geflossen worden. In der Nacht zum 31. Juli wurde aus einem verfallenen Keller in der Schwerstraße 24 eine alte und ein Handwagen und 1 Maß Kupfer entwendet. — In der Zeit vom 2. bis 29. Juli sind aus einer Wohnung in der Grotzengasse 8 ein Weizen, 2 Liter Öl, 1 Liter Butter, 4 Brauchgegenstände (G. R.) und 1 Einkaufstasche entwendet worden. — Am 26. Juli nachmittags hat man aus einer Wohnung in der Schwerstraße 10 17000 Mark, 1 Kofferbraunes Kollon, 1 gelbes Feinwandband, zwei Damen-Handtaschen, 1 altes Strickband, 1 Metallblech, 2 weiche Stofftaschen und 1 schwarzes Umhangband, und in der Nacht zum 27. Juli aus einer Wohnung in der Schwerstraße 9 einen Kunstlederbeutel, einen blauen Jackettanzug, einen graugrünen Reinenanzug und eine gestreifte Samtgarnhose gestohlen.

Bunte Chronik.

Über eine Graböffnung nach 1050 Jahren wird dem „Tag“ berichtet: Das Nonnenkloster Frauenwörth auf der idyllischen Ebene gelegen, Trauenerfeld strebt die Geistesgeschichte der schon seit 1000 Jahren verfallenen, bereits selbsterlöschten Truengard durch den päpstlichen Stuhl an. Auf Veranlassung der Provinzialkommission wurde das Grab im altertümlichen, aus der Karolinger Zeit stammenden Münster des Klosters geöffnet, um zu ermitteln, was es an Überresten der Toten nach 1050 Jahren noch hergibt. Sie war eine Tochter Ludwigs des Frommen, Hilfin des 706 gestifteten Klosters, das auch wieder der deutschen Königsfamilie in seinen Mauern lag. Hildegard, eine Enkelin Ludwigs des Deutschen, lebte dort zeitweilig in der Verhüllung. Die Eröffnung des Grabes erfolgte in Gegenwart des Kardinals Faulhaber von München und des an der Spitze der Kommission stehenden Benediktinerabtes Willibrod Wolffmeier von Erthal bei Trauenergau. Man fand einen kleinen Sarg in einem Steinbau aus rotem Marmor. Nach Öffnung des Deckels erblickte man in Seidenbrokat eingeschlagen, auf weißem Linnen geordnet, die Gebeine der jungfräulichen Enkelin Karls des Großen. Zeugnis über die Sargbestattung ergab eine im Sarg eingearbeitete Aufschrift, die notariell aufgenommen, abgezeichnet und photographiert wurde. Das Skelett wurde zusammengelegt, doch fehlte das Haupt, das eine andere Kirche als Leuten Seebach bergen mag. Der Sarg wurde mit frischem Farnen ausgefüllt und auf roten geschmückter Bahre, von sechs Chorfrauen begleitet, vom Kloster mit krennenden Kerzen und gefolgt vom Kardinal und der Geistlichkeit zur Klausur in den Chor getragen, wo er neu versiegelt wird.

n. Die riesige Hängebrücke über den East River, die New-York mit Brooklyn verbindet und zu den Wundern der Brückenbaukunst gehört, wird, wie der „Times“ gebräutet wird, in Gefahr. Vier der Kabel, die das Gewicht der Brücke tragen, haben sich demontiert, daß man Brüche fürchtet und es für notwendig erachtet hat, die Belastung des Bauwerkes zu vermindern. Was auf weiteres ist aller Motorwagenverkehr über die Brücke gesperrt worden, nur der Fußgänger-, Untergrundbahn- und Straßenbahnverkehr geht weiter, bis man sich entschieden haben wird, ob die Brücke ausgetauscht oder neu gebaut werden soll. Sie stammt aus dem Jahre 1883 und ist nur wenige Zoll kürzer als die längste Hängebrücke der Welt, die weiter oben bei Williamsburg über den Strom führt. Die Spannung ihres Hauptkabels beträgt 488 Meter. In den letzten Jahren ist die Brooklynbrücke bereits wiederholt verfallen worden, doch gerade an den vier Kabeln, die den Hauptbogen tragen, läßt sich dies nicht ausführen. Die Kabel haben einen Durchmesser von rund 40 Zentimeter, und jedes hat eine Tragkraft von 12000 Tonnen. Das Gewicht der Brücke selbst beträgt 24000 Tonnen; sie hat vier Fahrbahnen für Untergrund- und Straßenbahnen und zwei Fahrwege. Die Ingenieure haben festgestellt, daß die Brücke an sich einer weit größeren Belastung gewachsen ist, als derjenigen, für die sie ursprünglich berechnet war; womit man aber seinerzeit nicht gerechnet hatte, das war die Inanspruchnahme der Brücke durch zahllose und verhältnismäßig schnell fahrende Lastwagen mit Frachten bis zu 200 Zentnern, und diese Beanspruchung hat so gefährliche Wirkung gehabt.

— Von einem ebenso energischen wie drolligen Alt-deutscher Hilfe berichtet die „Bohemia“: Die deutsche Röhmerwaldgemeinde Kutschwar, die hart an der böhmisch-bayerischen Landesgrenze liegt, wurde vor einiger Zeit von einem Brandunflut heimgeschlagen. Zur Bewältigung des Brandes waren die Feuerwehren von nah und fern herbeigeeilt. Unter anderen kam auch ein bayerischer Hilfskorp, der aber an der Grenze aufgehalten und zur Umkehr aufgefordert wurde. Die tschechischen Zollwächter drohten sogar mit Beschlagnahme der Spitzel. Die Bayern antworteten den Grenzschuttern mit ein Paar Ohrfeigen und eilten dem durch Feuerbrand bedrängten Kutschwar zu Hilfe. Einige Tage darauf kam ein mit Liebesgaben für die armen Abbrändler vollbeladener Wagen von Bayern herüber an die Grenze. Plugs waren die tschechischen Zollwächter bei der Hand, hielten den Wagen auf und forderten Verzollung der Liebesgaben. Welche Erwiderung ihnen zuteil wurde, läßt sich öffentlich nicht wiederholen, aber die Abbrändler erhielten die bayerischen Liebesgaben — unverzollt.

— Die allsommerliche Seeschlange ist wieder da! Aus Athen wird gemeldet, daß die Schiffe im Marmarameer durch das Erscheinen eines „Seungeheuers“ in nicht geringer Aufregung verbleiben. Das Tier wurde auch bei Euböa gesehen, und die griechische Regierung mußte ein Kriegsschiff ausenden, um die den seltenen Gatt Jagd zu machen. Dann erschien er plötzlich im Marmarameer an der asiatischen Küste. Die Passagiere eines Postdampfers, an denen das Tier vorbeikam, glauben, daß es sich um einen Walfisch von außerordentlicher Größe handelt. — Es gibt also auch Leute, die mit ruhigen Augen sehen, wenn eine „Seeschlange“ auftaucht.

— Ein postales Kunststück nicht gerade patriotischer Art hat sich, der „Mittl. Ztg.“ zufolge, kürzlich nach bewährtem Muster eine griechische Holzfirma in einem oberbayerischen Städtchen geleistet. Die Firma war soeben in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von mehreren Millionen Mark umgewandelt worden. Diese freundliche Aufgabe beschloß man, allen möglichen Stellen — Banken, Geschäftshäusern, Behörden, Zeitungsredaktionen und auch Privatleute — mitzuteilen. Auf der anderen Seite scheinen aber die Kosten der Umwandlungsfeierlichkeiten so hoch gewesen zu sein, daß man in der Finanzierung des Unternehmens eine ganz besondere Sparmethode zur Anwendung zu bringen beschloß. Die Briefe wanderten daher im Rucksack eines Angestellten über die Tiroler Grenze und wurden in Salzburg mit je 25 Kronen frankiert, zur Post gegeben. Diese 25 Kronen hatten am fraglichen Tage in deutscher Währung gerade einen Wert von 45 Pfennigen. An Ort und Stelle auf deutschem Boden aufgegeben, hätte jeder Brief 3 Mk. gekostet. Die Ersparnis beträgt somit bei jedem Schreiben 255 Mk. = 85 Prozent. Man sollte, so bemerkt das genannte Blatt, daß die Vorstandsmitglieder der neuen Aktiengesellschaft zu ersten Beratern des neuen Reichspardirektors, Ableitung Postwesen, ernennen. Sie würden ganz gewiß auf die erwähnte Idee verfallen, anzunehmen, daß sämtliche deutsche Briefe fortan auf deutschösterreichischem Boden aufzugeben und zu frankieren sind. Das einzige Defizit der deutschen Reichspost könnte auf Grund dieser Art nach Dr. Eisenbart dann wohl bestimmt als „erlebt“ gelten.

Schulnachrichten.

Berlin. Für das Fach der pharmazeutischen Chemie habilitierte sich an der hiesigen Universität Dr. Theodor Schalka (aus Staffeln, Bayern), Assistent am pharmazeutischen Institut.

Kiel. Ernannt wurde Prof. Dr. med. Robert Schöber in Moskau zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität; ihm wurde der durch die Berufung des Geh. Med. Rats W. Stoedel nach Leipzig erledigte Lehrstuhl der Geburtshilfe und Gynäkologie übertragen.

Königsberg. Zum Nachfolger des Geh. Justizrats Prof. Manig auf dem Lehrstuhl des römischen und deutschen bürgerlichen Rechts an der hiesigen Universität ist der v. v. v. Privatdozent Dr. jur. Erich Weniger ernannt. — Dem Privatdozenten für bürgerliches und Zivilprozessrecht an der hiesigen Universität Dr. jur. Georg Schüller ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der freiwilligen Gerichtsbarkeit erteilt worden.

München. Hier starb der Honorarprofessor für Geologie und Paläontologie an der Technischen Hochschule, Oberbergdirektor Oberbergat a. D. Dr. Ludwig von Ammon im 72. Lebensjahre, von Ammon leitete von 1868-1918 die geognostische Landesuntersuchung am Oberbergamt in München.

Rostock. Das durch die Berufung des Professors Herrmann nach Münster erledigte Ordinariat für alttestamentliche Theologie an der hiesigen Universität ist dem außerordentlich a. o. Prof. Balth. Friedrich Baumgärtel an der Universität Leipzig angeboten worden.

